

Klimaabgabe auf Fleisch

Umweltbundesamt: Tierprodukte sollen höher besteuert werden

Hannover/Berlin. Deutschlands oberste Umweltbehörde fordert einen konsequenten Abbau umweltschädlicher Subventionen – inklusive solcher für tierische Nahrungsmittel wie Fleisch und Milcherzeugnisse. Diese Produkte profitierten bisher vom ermäßigten Mehrwertsteuersatz in Höhe von sieben Prozent, obwohl sie deutlich klimaschädlicher seien als Getreide, Obst oder Gemüse, beklagte das Umweltbundesamt (UBA) am Donnerstag.

„Tierische Nahrungsmittel sollten künftig mit den regulären 19 Prozent besteuert werden“, forderte UBA-Präsidentin Maria Krautzberger. Im Gegenzug könnte der Staat die entstehenden Steuereinnahmen nutzen, um den ermäßigten Mehrwertsteuersatz weiter zu senken und beispielsweise Obst und Gemüse sowie den öffentlichen Nahverkehr billiger zu machen.



MARIA KRAUTZBERGER

Nach Berechnungen der Dessauer Behörde lässt sich der Staat die umweltschädlichen Mehrwertsteuer-Begünstigungen bei Nahrungsmittel pro Jahr mindestens 5,2 Milliarden Euro kosten. Das ist nur ein Teil der umweltschädlichen Subventionen. Sie erreichen nach UBA-Schätzung insgesamt ein Volumen von 57 Milliarden Euro.

Die größten Posten sind die Steuervergünstigung für Diesel (7,5 Milliarden Euro) sowie die Steuerbefreiung für Flugbenzin (7,1 Milliarden). Besonders stark ins Gewicht fallen unter anderem auch die Entfernungspauschale für Berufspendler (5,1 Milliarden) und die Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge (4,8 Milliarden). Die Zahlen finden sich in der neuesten Ausgabe der Publikation „Umweltschädliche Subventionen in Deutschland“, die die Behörde am Donnerstag veröffentlichte.

Die Forderung nach einer Mehrwertsteuer-Erhöhung für Fleisch und Milchprodukte hatten vor dem Umweltbundesamt auch schon andere offizielle Stellen erhoben, darunter wissenschaftliche Beiräte des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft sowie der Sachverständigenrat für Umweltfragen, der beim Umweltministerium angesiedelt ist.

Es gilt unter Fachleuten als unstrittig, dass insbesondere die intensive landwirtschaftliche Produktion zahlreiche Umweltprobleme verschärft oder gar verursacht. Die permanente Düngung zieht etwa Böden und Gewässer in Mitleidenschaft. Die Tierhaltung trägt im großen Stil zur Erderwärmung bei. Hierzulande verursacht sie laut UBA knapp zehn Prozent aller Treibhausgas-Emissionen.

Die Bundesregierung war auffällig bemüht, sich von der Forderung der Behörde zu distanzieren. „Das sind die Vorschläge des Umweltbundesamtes, nicht die des Umweltministeriums. Von einigen Einzelmaßnahmen, die enthalten sind, halte ich nichts“, sagte Ressortchefin Barbara Hendricks (SPD).

Auch der Deutsche Bauernverband wies am Donnerstag die Forderung des UBA zurück. „Eine Strafsteuer auf Lebensmittel, wie vom Umweltbundesamt gefordert, hat keinen positiven Nutzen für das Klima, sondern verteuert vor allem den täglichen Einkauf für die Verbraucher“, erklärte Bauernpräsident Joachim Rukwied. Die Landwirtschaft leiste einen erheblichen Beitrag für den Klimaschutz, die größten Klimasünder seien Energiewirtschaft, Industrie und Verkehr.